

3/94

Herausgegeben  
von der  
Bezirksleitung der  
GEW Kreuzberg

# trend

ZEITSCHRIFT DER GEW KREUZBERG

INTERVIEWS  
DOKUMENTE  
MEINUNGEN  
BESCHLÜSSE

Diese Vorladung betrifft Ihre(n) Sohn/Tochter

Ihre Begleitung ist erforderlich/erwünscht

Es wird gebeten, die Ausweispapiere über die vorgeladene Person mitzubringen

In einer Ermittlungssache soll Ihr(e) Sohn/Tochter gehört werden

als Zeuge gleichzeitig wird

Gegen Ihre(n) Sohn/Tochter wird ein Ermittlungsverfahren geführt, das folgende Beschuldigung zum Gegenstand hat:

Tatvorwurf (Delikt mit kriminologischer Bezeichnung)

schwerer Landfriedensbruch

Tatzeit (Wochentag, Datum)

Die., 22.11.94

Tatörtlichkeit

Öffentlichkeit

Tatort (Anschrift)

12679 Berlin-Marzahn, Franz-Stenzer-Str. ggü 63

Nach § 163 a der Strafprozeßordnung ist ihm/ihr Gelegenheit zu geben, sich zu der Beschuldigung zu äußern, die vorliegenden Verdachtsgründe zu beseitigen, zu seinen/ihren Gunsten sprechende Tatsachen geltend zu machen und zu seiner/ihrer Entlastung einzelne Beweiserhebungen zu beantragen.

Falls er/sie zu dem angegebenen Termin ohne Angabe von Gründen nicht erscheinen sollte, wird angenommen, daß er/sie mit ihrem Einverständnis von dem Recht, zu der Beschuldigung Stellung zu nehmen, keinen Gebrauch machen will. Sie werden jedoch darauf hingewiesen, daß keine Verpflichtung besteht, ihm/ihr in diesem Ermittlungsverfahren nochmals Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Insbesondere kann er/sie nicht damit rechnen, vom Staatsanwalt oder Richter vernommen zu werden.

Sie werden deshalb gebeten, zu veranlassen, daß Ihr Kind mit dieser Mitteilung zu einer mündlichen Verhandlung erscheint.

am (Datum/Uhrzeit)

Freitag, den 09.12.1994 um 08.45 Uhr

in

13088 Berlin-Weißensee, Berliner Allee 210

Zimmer-Nr.

3 430

Im Hinderungsfall wird um rechtzeitige Mitteilung unter Angabe des Hinderungsgrundes gebeten.

Sollten Sie Ihren Aufenthaltsort in der Zwischenzeit nach außerhalb verlegen, wird um Rücksendung der Mitteilung unter Angabe des neuen Aufenthaltsortes gebeten.

Eingang Bernkasteler Str.

\* nur bei jugendlichen Beschuldigten ausfüllen

Hochachtungsvoll

Im Auftrag

Waske,

Pol 1023 Vorladung für Kinder (12 91) 09 87654

**SchülerInnen der 2. OH Kreuzberg in  
Marzahn festgenommen und in der  
Schule verhört! Polizeiverband fordert  
Berufsverbot für Lehrerin!**

Knapp ist die letzte nummer des **trend** ausgeliefert, da sitzt die redaktion beisammen und bastelt an einer neuen ausgabe.

Keiner neuen, sondern einer *extra*ausgabe und die redaktion fühlt sich eher verpflichtet, als daß sie will.

Die vorgänge, die zu dieser ausgabe führen, sind bisher einmalig in Berlin. Das karoussel der vernebelung und verdrehung, der gezielten falschinformation und propaganda bis hin zur forderung nach berufsverbot dreht sich so schnell, daß wir nur die möglichkeit sahen, eine *eigene* information herauszugeben, in der die betroffenen schülerInnen und die sie unterstützenden kräfte zu wort kommen.

Der staat behandelte schülerInnen ohnehin bisher, als hätten sie keine stimme, als wären sie nur objekte der jeweiligen interessen. Es sind eben nur schülerInnen aus Kreuzberg. Ihnen ist unglaubliches zugestoßen, bzw. ihnen wurde zugestoßen. Die neue qualität, die mit den schülerspitzeleien von 1989 bei „pizza und cola“ an der 5.OH (s.abgebildeter spucki aus dieser zeit) ihren verhängnisvollen anfang nahm, liegt jetzt darin, daß die schule kräftig *mittut* bei der kriminalisierung jugendlicher, daß sie sich endgültig entsolidarisiert und in den ihr anvertrauten jugendlichen zunächst einmal schuldi-ge sieht. Anders ist die haltung der schulleitung der 2.OH nicht zu erklären. Vielleicht dachte man(n) auch, daß die polizei bereits wichtige teile pädagogik an der hauptschule übernommen hat und ein hinweis auf demokratische rechte nur scherereien und einen karriereknick einbringen würde. Wenn es auch so aussieht und die epoche in der wir leben bereits als *postdemokratisch* bezeichnet wird: Es ist noch nicht soweit. Aber wenn die schule *selbst* elementare rechte ohne not abbaut, wird es umso schneller gehen.

Die vorfälle um den klassenbesuch in Marzahn waren so deutlich und dennoch so unfaßbar, daß die bezirksleitung der GEW sich sofort der sache annahm und eine veranstaltung für die betroffenen kinder und eltern organisierte. Über all dies wird auf den folgenden seiten berichtet. Wenn wir ein bißchen glück haben, bleibt auch die GEW-Berlin am ball und faßt und fragt nach. Eine initiative aus Marzahn, die sich um aufklärung der vorfälle bemüht, steht noch aus, wenngleich die veranstaltung der bezirksleitung auch von jungen leuten aus Marzahn besucht wurde. Mündlich wurden einladungen zum „antifaschistischen weihnachtsmarkt“ ausgesprochen, der dann am 10.12. stattfand. Auch dieser weihnachtsmarkt wurde von faschisten überfallen, wie aus der presse hinlänglich bekannt ist.

Was uns besonders freute war, daß unser stadtrat Dirk Jordan diesmal keinen schlingerkurs, wie noch 1989 fuhr, sondern, daß er das vorgehen der polizei und der schulleitung als nicht rechtmäßig zurückwies und daß er sich der diskussion mit den jugendlichen und deren eltern solidarisch stellte. Einen kleinen wermutstropfen enthält jedoch sein offener brief an den polizeipräsidenten. Wir fragen uns, wann und wie die direktion 5 "in Kreuzberg ein sehr viel kooperativeres und angemesseneres verhalten" (D.Jordan) bisher an den tag gelegt hat. Gibt es doch noch mehr bespitzelungsfälle außer denen seit '89 oder zielt dieses lob auf das

## Peter und Ayşe haltens Maul



KICK (siehe dazu trend 1/94)? Sind die polizisten dann für die lösung der kreuzberger bildungsprobleme geeigneter, wenn sie nicht aus dem ostteil der stadt kommen? Können die bildungsprobleme gar nur noch mit der polizei gelöst werden? Vor solchen verhältnissen warnte der **trend** ja bereits in früheren ausgaben.

Wie auch immer, der stadtrat hat sich bereiterklärt, den schulen einen brief zu schreiben, in dem er die fürsorgepflicht der schulen für ihre schülerInnen präzisiert.

Viele dinge bedürfen der klärung. Es stehen ermittlungen aus, die sich mit dem verhalten der polizei befassen. Dem „zugriff“ auf unsere schülerInnen in Marzahn liegen so viele zufälle zugrunde, daß man an solche schon nicht mehr glauben mag.

Vielleicht kann der unterstützerInnenkreis der eltern und schülerInnen einen teil dieser arbeit leisten. Denn das ist der größte erfolg der GEW- initiative: Die betroffenen versuchen, sich selbst zu organisieren und ihre sachen zu vertreten. Dies verstehen wir als einen praktischen teil einer bildungsreform.

Eine der nächsten ausgaben sollte sich mit dem krieg der Türkei gegen die Kurden befassen und im diesem zusammenhang mit der rolle Deutschlands. Schon jetzt könnt ihr zuschriften zum thema an uns richten.

Dieser **trend** erreicht euch noch vor den ferien, weihnachten und neujahr. Gewöhnlich werden dazu glückwünsche ausgesprochen. Das tun wir auch. Wir wünschen also gute erholung.

**95 braucht viel mut, phantasie und solidarität.**

**Die Redaktion**

### Impressum

Der **trend** wird herausgegeben von der Bezirksleitung der GEW Kreuzberg vertreten durch: Gabi Berger c/o GEW BERLIN Ahornstr. 5 10787 Berlin Alle nicht namentlich gekennzeichneten Artikel verantwortet die Redaktion.

Redaktion dieser Ausgabe: Detlev Kretschmann und Günter Langer Auflage: 2000

Layout und Satz: Karl-Heinz Schubert Druck: GEW BERLIN

**Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 13.12.1994**

Die Erscheinungsweise ist unregelmäßig. Wer mit dem PC arbeitet, sollte uns das Manuskript auf Diskette (Word, Wordperfect etc.) an die GEW BERLIN z. H. Gabi Berger schicken.

# SchülerInnen zwischen Repression und Widerstand

Eine Chronologie der  
Ereignisse vom 22.11. bis  
8.12.1994

## 22.11.1994

Während eines beim Schulleiter angemeldeten und von ihm genehmigten Unterrichtsprojektes werden acht von 21 SchülerInnen der Hans-Sachs-Oberschule, 2. OH Kreuzberg, von mindestens 16 Zivilpolizisten (unterstützt von ca. 30 Bereitschaftspolizisten) vorübergehend in Marzahn festgenommen. Dies geschieht, als sie sich gegen eine Gruppe von rund 20 Marzahner Jugendlichen (und kurze Zeit später von weiteren 50), die sie mit „Heil-Hitler-Rufen“ und Drohungen wie „Ausländer raus“ aggressiv provozieren, wehren wollen. Ebenfalls verhaftet wird ihre Religionslehrerin Evelyn Grünberg. Diese und zwei Schüler, wovon einer 13 Jahre alt ist, werden erkennungsdienstlich behandelt. Es werden (Vor-)Ermittlungsverfahren wegen schweren Landfriedensbruchs und illegalen Waffenbesitzes gegen alle eingeleitet.

## 23.11.1994

Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-AHB-Fraktion, Dieter Hapel, fordert Waffenkontrollen an allen Schulen. Die Kreuzberger Sozialstadträtin, Ingeborg Junge-Reyer, will eine Aufklärung der Marzahner Vorfälle. Der Schulleiter der 2. OH Heinz Winkler berichtet am Ende der Gesamtkonferenz, morgen werde man in der Zeitung lesen, daß SchülerInnen der 2.OH in

Marzahn mit Waffen verhaftet worden seien.

## 24.11.1994

BZ, Morgenpost, Tagesspiegel und Berliner Zeitung berichten tendenziös und aufbausend über die Vorkommnisse in Marzahn („Schulklasse jagte Skins“). Frau Grünberg gibt den von ihr angeforderten Bericht (ohne Teilnehmerliste) über die Vorfälle in Marzahn dem Schulleiter der 2.OH Heinz Winkler. Nach dessen Angaben sei dieser von der Senatsschulverwaltung (Seidel/Seiring) angefordert worden.

## 25.11.1994

Kriminalhauptkommissar, Wolfgang Karliczek, vom Jugend- und Gewaltkommissariat der Direktion 7 - VB III 1 aus Weißensee vereinbart mit dem Schulleiter die Fortsetzung der Beschuldigtenverhöre für Dienstag, den 29.11.1994, in der 2.OH. Der Schulleiter befragt einen Oberstaatsanwalt, ob die geplante Befragung rechtmäßig sei, was dieser bestätigt.

## 26.11.1994

Der taz ist zu entnehmen, daß Dieter Hapel (CDU) Evelyn Grünberg auffordert, „berufliche Konsequenzen“ zu ziehen. Unterdessen hat sie ihrerseits Anzeige gegen die beteiligten Polizisten gestellt und den türkischen Elternverein informiert. Die Aus-

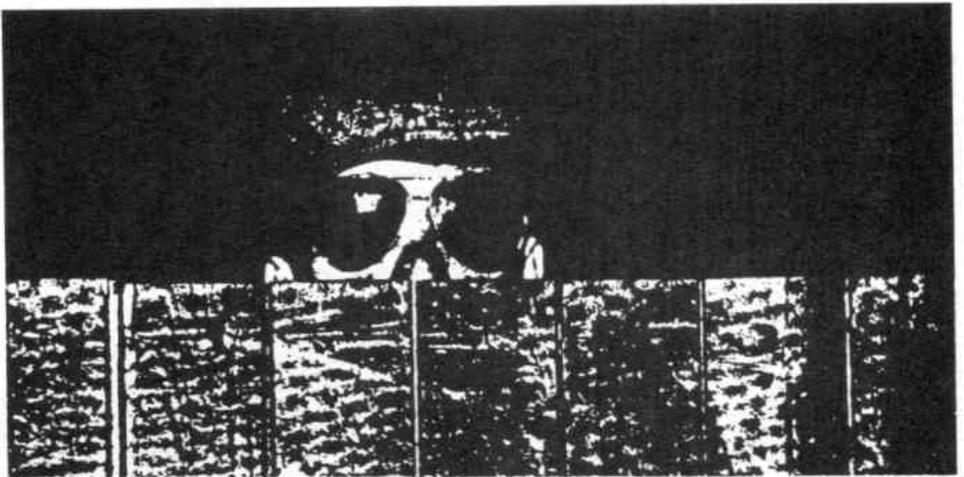
länderbeauftragte Barbara John will sich für Gespräche zwischen den Marzahner und Kreuzberger Jugendlichen einsetzen.

## 28.11.1994

Die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund fordert Berufsverbot für Evelyn Grünberg. Die Bündnisgrünen planen, am Donnerstag, den 1.12., die Marzahner Vorfälle im Rechtsausschuß des Abgeordnetenhauses behandeln zu lassen. In der 2.OH wird eine Klassenkonferenz für zwei Schüler angekündigt, die angeblich in Marzahn Waffen dabei hatten. Gegen Mittag findet eine Dienstbesprechung an der Schule statt, wo Evelyn Grünberg die Möglichkeit erhält, die Marzahner Vorfälle aus ihrer Sicht zu schildern. Schulleiter Heinz Winkler weist darauf hin, daß am nächsten Tag Polizei zu ihm käme, um mit ihm zu sprechen. Für den 6.12. wird eine Gesamtkonferenz zum Thema Gewalt beschlossen. Im Anschluß an die Dienstbesprechung verlangt der Schulleiter von Frau Grünberg eine Namensliste aller TeilnehmerInnen an ihrem Unterrichtsprojekt in Marzahn, weil diese in ihrem Bericht vom 24.11. fehlen.

## 29.11.1994

Kriminalhauptkommissar Karliczek vom Jugend- und Gewaltkommissariat der Direktion 7 (Weißensee) kommt, wie



mit dem Schulleiter zuvor abgesprochen, in die 2.OH und führt in dessen Amtszimmer die Verhöre und erkennungsdienstlichen Behandlungen von 14 Schülern der 8/1 und 8/2 durch. Schulleiter Heinz Winkler ist mit wenigen Unterbrechungen bei allen Verhören dabei und zudem behilflich, die Schüler - so reibungslos wie möglich - einzeln oder zu zweit aus dem Unterricht zu holen. Parallel dazu führt Schulleiter Heinz Winkler ein Telefonat mit dem evangelischen Kirchenamt, worin er mit Verweis auf die Marzahner Vorfälle von der Kirche verlangt, daß Evelyn Grünberg sofort als Religionslehrerin von der 2.OH abgezogen wird. Als die Verhöre in der Schule bemerkt werden, äußern KollegInnen gegenüber dem Schulleiter rechtliche Bedenken, die er zurückweist. Gegen 12.30 Uhr schaltet sich ein weiterer Kollege ein, der die SchülerInnen auffordert, von den Verhören fernzubleiben. Er verlangt vom Schulleiter, den Stadtrat von diesen Vorgängen in Kenntnis zu setzen. Anschließend interveniert er bei der Kripo, die daraufhin die Verhöre abbricht. Desweiteren fordert er den Schulleiter auf, die angekündigte Klassenkonferenz abzusetzen, da sie einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren darstellt. Die Klassenkonferenz wird abgesetzt.

#### 30.11.1994

VB-Stadtrat Dirk Jordan schickt dem Polizeipräsidenten Hagen Saberschinsky einen offenen Brief, worin er sich u.a. über die Verhöre an der 2.OH beschwert. Schulleiter Heinz Winkler schreibt einen Brief an die betroffenen Eltern, worin er sich für sein „Versehen“, diese nicht informiert zu haben, entschuldigt.

#### 1.12.1994

An der Hans-Sachs-Oberschule tagt die Gesamtschülervertretung und erklärt einstimmig ihre Solidarität mit ihren Mitschülern und

Evelyn Grünberg. An der Aussprache nimmt Schulleiter Heinz Winkler teil. Auf Nachfrage erklärt er, daß er am Freitag, den 25.11.1994, die Verhöre mit der Kripo abgesprochen habe, ferner daß kein anderer davon Bescheid wußte - außer ein Oberstaatsanwalt, den er um Rat gefragt hatte - und daß nur die SchülerInnen verhört wurden, deren Namen er weitergegeben habe.

Die Bezirksleitung der GEW-Kreuzberg beschließt eine Info-Veranstaltung für die betroffenen Eltern und SchülerInnen am 8.12. in der Hans-Sachs-Oberschule.

Der Rechtsausschuß des AHB weist das Verlangen der Bündnisgrünen, die Marzahner Vorfälle zu erörtern, aus Zuständigkeitsgründen zurück. Im Schulausschuß des AHB beklagt Staatssekretär Bock, daß es kein Landesschulamt gäbe, um die Angelegenheit zu untersuchen.

#### 2.12.1994

Die GEW-Betriebsgruppe der Hans-Sachs-Oberschule befaßt sich mit den Polizeiverhören und beschließt, auf der kommenden GK die Tagesordnung zu ändern, damit dieser Vorfall mit dem Schulleiter besprochen und restlos aufgeklärt werden kann.

#### 5.12.1994

Im Innenausschuß der AHB nimmt Polizeipräsident Saberschinsky dahingehend Stellung, daß er die Polizeimaßnahmen am 22.11. als durch das ASOG rechtlich abgesichert bezeichnet. Dies schließt auch die erkennungsdienstliche Behandlung 13jähriger ein. Den Vorwurf bei den Verhören in der Schule seien die Eltern der SchülerInnen übergangen worden, weist er zurück. Schließlich hätten diese ja seit dem 22.11. Zeit gehabt, ihre Eltern davon zu informieren. Desweiteren teilt er mit, daß nun die Staatsanwalt

die Ermittlungen an sich gezogen habe (laut Presse vom 7.12. Oberstaatsanwalt Carlo Weber).

#### 6.12.1994

Schulleiter Heinz Winkler erscheint im Dienst und meldet sich später krank. An der um 18.00 Uhr stattfindenden Gesamtkonferenz nimmt er nicht teil. Im Beisein eines Personalrates diskutieren die KollegInnen die Lage und einzelne stellen fest, daß das Vertrauen in eine kollegiale Zusammenarbeit mit dem Schulleiter nicht mehr bestünde. Die Konferenz wird auf die nächste Woche vertagt und die Teilnahme des VB-Stadtrats Dirk Jordan gefordert. Desweiteren werden Punkte für einen offenen Brief zu diesen Vorfällen erläutert.

#### 7.12.1994

Alle SchülerInnen haben Ladungen zu weiteren Verhören in Weißensee für den 8./9.12. erhalten. Mittels Telefonketten und persönlicher Gespräche vereinbaren sie, den Verhören fernzubleiben. KollegInnen entwerfen einen offenen Brief und lassen ihn in der Schule bis zum 12.12. zur Unterschrift zirkulieren.

#### 8.12.1994

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW Berlin protestiert in einem Beschluß gegen die Polizeimethoden und das Verlangen nach Berufsverbot für Evelyn Grünberg. An einer Info-Veranstaltung der GEW Kreuzberg am Abend nehmen in der 2.OH rund 60 Betroffene und Gäste, sowie eine Rechtsanwältin und der VB-Stadtrat Dirk Jordan teil. Es wird angesichts der schwerwiegenden Rechtslage und der tendenziösen Presse ein UnterstützerInnenkreis gebildet. Als Starthilfe werden 532,— DM gesammelt.



-bert-

# Polizisten auf dem rechten Auge blind?

Nazi-Parolen ignoriert / Kreuzberger Schüler in Marzahn festgenommen



Mit einem fragwürdigen Polizeieinsatz endete vergangene Woche ein Ausflug vor allem ausländischer Hauptschüler aus Kreuzberg nach Marzahn. Die Schüler der Hans-Sachs-Schule drehen mit ihrer Religionslehrerin Evelyn Grünberg einen Film zum Thema Gewalt. Ein Schauplatz der Handlung: Marzahn.

Nach einer Auseinandersetzung mit „rechtsgerichteten“ Jugendlichen am Drehort, dem dortigen Freizeitforum, nahmen Zivilbeamte der Direktion 7 insgesamt acht der 21 Kreuzberger Schüler fest und erstatteten wegen schweren Landfriedensbruchs Anzeige gegen alle acht Festgenommenen, außerdem Anzeige gegen zwei Schüler und die Lehrerin wegen illegalen Waffenbesitzes.

## Schwere Vorwürfe

Für die Polizei ist der Fall klar: Die Schüler haben angegriffen und waren bewaffnet. Die Lehrerin hinge-

gen erhebt schwere Vorwürfe gegen die Beamten: „Die Polizei hat die rechtsradikalen Jugendlichen und deren Nazi-Parolen ignoriert. Der Einsatz war unverhältnismäßig, unsere Schüler wurden bedroht und unter Druck gesetzt.“

In der Presse liest sich der Zwischenfall an der Marzahner Promenade zunächst so: „Schulklasse jagte Skins“, „Kreuzberger Schüler prügeln sich in Marzahn“, so die griffigen Überschriften. Den Artikeln entnimmt man dann, daß mit „Bajonetten, Holzknüppeln und Gaspistolen“ bewaffnete rechte und linke Jugendliche „aufeinander losgegangen“ sind und „die Kreuzberger Schüler die angeblichen (!) Rechtsradikalen vor sich her trieben.“ Beamte hätten eine „Schlacht“ gestoppt, Jugendliche hätten ihrer Lehrerin Waffen „zugesteckt“. Unmittelbar Beteiligte indes schildern die Vorfälle ganz anders.

Als Kulisse für ihren Film hatten die 13-15jährigen Kreuzberger Schüler sich das Freizeitforum ausgesucht. Im Ostteil der Stadt waren

die meist ausländischen Schüler vorher selten, in Marzahn nie. Gewalt, das Thema des Films, ist für viele der Schüler Alltag. Erfahrungen mit der Polizei sind eher die Regel. Waffen dienen meist dem Imponiergehabe, weniger dem Selbstschutz.

Vorher hatte die Religionslehrerin Evelyn Grünberg mit ihrer Gruppe schon deshalb das Thema klar diskutiert: keine Waffen bei den Dreharbeiten.

Als gegen 10 Uhr in Marzahn angekommen die Schüler dann doch eine Gaspistole und ein Bajonett „als Film-Requisiten“ vorholen, konfisziert die Pädagogin die gefährlichen Utensilien sofort.

Kurz bevor die letzte Szene gedreht wird - die Dreharbeiten liefen zwei Stunden glatt - tauchen rechte Jugendliche auf (wahrscheinlich Schüler einer nahen Schule), die anfangen, die Ausländer zu provozieren. „Türken raus“, „Scheißausländer“ und „Heil Hitler“ mit erhobenem Arm wird gegrölt. Das lassen sich die Kreuzberger nicht gefallen, rennen den Rechtsradikalen hinterher um eine Ecke.

Doch ehe es zu Handgreiflichkeiten kommt, greift schon Polizei ein. Beamte in Zivil drücken die Kreuzberger Schüler in geübter Manier an die Wand. Die hinzueilende Lehrerin wird rüde festgehalten und gestoßen, obwohl sie sich zu erkennen gibt. „Hier ist geschossen worden“, so die knappe Begründung der Beamten.

Der Religionslehrerin wird die Handtasche entrissen und die vorher von ihr konfiszierten Waffen werden entdeckt. Ein Zivilbeamter triumphierend: „Die hat die Sachen“.

„Ich wurde von den Beamten behandelt wie eine Schwerverbrecherin“, so Evelyn Grünberg, die Anzeige, gegen die Polizisten erstattet hat.

Als sie sich über die Behandlung beschwert, bekommt sie die Standard-Antwort für solche „renitenten“ Fälle: „Nun werden Sie mal nicht frech.“

Im Bericht der Zivilbeamten, der der Presse erstaunlich schnell bekannt ist, wird stehen: Ein Schüler hat während der Verfolgung, geschossen und dann die Waffe Evelyn Grünberg zugesteckt. Der Bericht verschweigt, daß nach der Verfolgung der „Rechten“ die Lehre-

rin den betreffenden Schüler, erst wieder in den „Händen“ der Polizei zu Gesicht bekam.

Die konspirative Waffenübergabe hätte mithin unter den Augen der Beamten passieren müssen. Schwer vorstellbar.

Auch kein Wort, daß die Waffe nach vielen übereinstimmenden Aussagen ungeladen war, also keine Schüsse daraus abgefeuert werden konnten.

Die provozierenden (und strafbaren) Nazi-Parolen, Auslöser für den Vorfall, wollen die Beamten hingegen nicht mitbekommen haben.

Und verfolgt wurden die „rechten“ Jugendlichen angeblich deshalb nicht, „weil sie plötzlich weg waren. Außerdem sind das gar keine richtigen Rechten gewesen“ (O-Ton Polizei).

Erstaunlich auch, daß von den Zivilbeamten angeforderte Verstärkung in nur Minutenfrist mit Blaulicht und Martinshorn anrückte. Erklärung der Polizei-Pressestelle: In

Marzahn ist viel los, da ist immer Polizei.

Manches spricht dennoch dafür - die Beamten wußten von den Waffen in der Handtasche, die doch zu Beginn der Dreharbeiten eingesammelt worden waren -, daß bereits früher Polizei vor Ort war (oder wenigstens verständigt worden war) und die Beamten so „zufällig“ nicht auftauchten. Warum dann nicht früher eingegriffen wurde und man die Rechtsradikalen samt Straftaten gewähren ließ, bleibt Geheimnis der Ordnungshüter.

Verbale Entgleisungen der Beamten folgten beim Verhör. Schläge und erkennungsdienstliche Behandlung (Foto, Fingerabdrücke, Personalien) wurden den Kreuzberger Schülern angedroht letztere Prozedur war dann aber ohnehin Standard.

Daß die Polizei mit den 13-15jährigen Schülern zum Teil halbe Kinder vor sich hatte, die gerade eben strafmündig sind, scheint eine nur

untergeordnete Rolle gespielt zu haben. „Woher sollte man wissen, wie alt die sind?“, so die Polizei-Pressestelle.

„Ständig fielen abfällige Bemerkungen uns gegenüber“, so die Lehrerin Evelyn Grünberg. Ein Beamter habe sich sogar gegenüber einem Schüler „gebrüstet“: „Du hast ja gar nicht einen so großen Pimmel wie ich.“

Später auf dem Abschnitt Poelchaustraße wird den Schülern dann polizeilicherseits empfohlen, „doch besser nicht mehr nach Marzahn zu kommen“. Wären sie an die „richtigen Rechten“ geraten, seien sie jetzt „Matsch“. Falls man dennoch weitere Drehtermine im Sinn habe, wurde dafür „Polizeischutz“ offeriert.

-lak

*Der Artikel ist ein Nachdruck aus dem Kreuzberger Wochenblatt vom 1.12.1994*

**Seit der Festnahme in Marzahn am 22.11.1994 und der dort erfolgten erkennungsdienstlichen Behandlung, sowie der Verhöre am 29.11.1994 in der Hans-Sachs-Oberschule laufen Ermittlungen wegen schweren Landfriedensbruchs und illegalen Waffenbesitzes.**

**In Folgendem geben wir die Erlebnisse von zwei Betroffenen wieder.**



**trend:** *Könnt Ihr mal von Eurer Festnahme erzählen!*

**B.:** Das kam sehr überraschend. Ich war stehen geblieben, weil uns plötzlich rund fünfzig Jugendliche drohend mit Hitlerrufen an einer Schule gegenüberstanden. Auf einmal warfen mich zwei Männer auf den Boden und hielten mich fest. Dann waren plötzlich uniformierte Polizisten da, die uns umstellten. Die trugen lange Schlagstöcke. Da merkte ich, daß die Männer, die mich festhielten, Zivilpolizisten waren. Dann wurde ich von denen zu einem Polizeiwagen geführt. Dabei

wurde ich an den Armen festgehalten. Am Wagen mußte ich mich breitbeinig hinstellen. Ich wurde auf Waffen abgetastet und anschließend wurden meine Personalien kontrolliert. Am Wagen mußte ich ungefähr eine halbe Stunde warten. Dabei wurde ich bewacht. Und man versuchte, mich in Gespräche zu verwickeln. Die fragten zum Beispiel: „Warum seid Ihr hergekommen?“ Oder: „Ladet die Nazis mal nach Kreuzberg ein, da habt Ihr mehr Chancen!“ Oder: „Ihr habt aber Glück gehabt, daß Ihr nicht an Große geraten seid!“ Als Evi (Frau Grünberg) mit S. und M. in einem



Polizeiwagen weggefahren wurden, wurden wir freigelassen. Da bekamen wir richtig Angst, denn wir mußten ja allein zu Fuß zum S-Bhf gehen und dort noch auf den Zug warten. Ich mußte immer daran denken, wie der Polizist das mit Großen gesagt hat.

**A.:** Als ich von der Schule wegrannte, weil da so viele Marzahner Jugendliche standen, wurde ich von zwei Männern, der eine so mit langen Haaren, festgehalten. Sie riefen dabei: „Polizei!“. Kurze Zeit später waren viele uniformierte Polizisten da. Ich wurde mit erhobenen Händen und breiten Beinen an einen Polizeiwagen gestellt. Dann haben sie mich auf Waffen untersucht. Die haben bei mir ein Stuhlbein gefunden, was 30 cm lang war. Ich hatte es bei unseren Dreharbeiten an einem Straßenrand gefunden, wo noch mehr Holz lag. Ich hatte es in meiner Jackentasche, weil ich es bei den Videoaufnahmen benutzen wollte, wo wir ja Angreifer und Verteidiger spielen wollten. Als wir die Marzahner verfolgt haben, war das Stuhlbein immer noch in meiner Jacke, na und wie sie es bei mir gefunden haben, haben sie mich zu einem roten Golf gebracht. So'n richtiger Privatwagen. Da haben drei Männer drin gesessen und mit mir aus dem Fenster heraus geredet und so Sachen gefragt. Dabei wurde ich immer bewacht. Die haben im Auto mit so'nem Computer meine Personalien überprüft. Dann haben sie was aufgeschrieben und mir auf einem Klemmbrett aus dem Fenster herausgereicht. Das mußte ich unterschreiben. Kurze Zeit später wurde ich freigelassen. Ich bin mit den andern dann schnell zur S-Bahn gegangen.

**trend:** *In der Schule wurdest Du ein zweites Mal verhört. Wie lief das denn ab?*

**A.:** Am Dienstag in der vierten Stunde, da hatten wir gerade Englisch, da kommt Herr Winkler in die Klasse und sagt, ich soll mal rauskommen. Vor der Tür stehen zwei Kriminalpolizisten. Einer davon war so ein Dicker. Herr Winkler sagt zu mir, daß die mich verhören wollen. Wir sind dann zusammen runter in sein Amtszimmer gegangen. Da ha-

ben wir uns an einen Tisch gesetzt und der Dicke hat sich an eine Schreibmaschine gesetzt. Dann haben die mich nach meinem Namen gefragt; dann noch Anschrift und Telefon und nach meinen Eltern und ob die beide erziehungsberechtigt sind. Außerdem haben die nach meinen Brüdern gefragt und wieviel Taschengeld ich bekomme. Dabei hat der Dicke immer geschrieben. Danach haben sie gefragt, ob ich mich zur Sache äußern will oder so ähnlich. Ich habe dann Nein gesagt.

**trend:** *Ist Dir am Anfang des Verhörs gesagt worden, ob Du Zeuge oder Beschuldigter bist und falls man Dich beschuldigt, was man Dir vorwirft?*

**A.:** Nein. Aber so genau erinnere ich mich nicht mehr. Ich weiß nur noch, daß ich unterschrieben habe, daß ich die Aussage verweigere. Das war so ein Bogen, da war das angekreuzt. Auf der anderen Seite stand mein Name usw., glaube ich jedenfalls.

**trend:** *Hat denn Herr Winkler auch Fragen an Dich gestellt oder irgendwas zu der Sache gesagt?*

**A.:** Nein, aber er ist manchmal rausgegangen. Am Schluß des Verhörs sollte ich noch fotografiert werden, so mit Nummern in der Hand halten. Das wollte ich nicht. Ich hab gefragt: „Muß das denn sein?“. Da haben die Ja gesagt. Was sollte ich machen. Ich hab mich halt fotografieren lassen. Danach wurde ich in Begleitung von dem türkischen Übersetzer von und Herrn Winkler zur Klasse zurückgebracht.

**B.:** Als A. in die Klasse wieder reinkam - es war immer noch die Englischstunde - wurden ich und M. von Herrn Winkler gleich mitgenommen. Ein bißchen hatte ich damit gerechnet, weil ich in der kleinen Pause von der anderen Klasse von den Verhören gehört hatte. Als M. und ich im Amtszimmer ankamen, mußten wir uns an einen Tisch setzen. Darauf standen zwei Schreibmaschinen. Wir wurden getrennt verhört. Ich wurde von so einem Dicken verhört. Der

sagte als erstes, daß ich das Recht habe, die Aussage zu verweigern. Als ich Ja sage, fragt er: „Willst Du wirklich nicht aussagen?“ Und dann hat er noch so mit Sätzen Druck gemacht. Ich habe immer wieder Nein gesagt. Dann fing er an, mich nach meinen Eltern zu fragen, ob die zusammen wohnen und wieviel Taschengeld die mir geben. Dann sollte ich sagen, ob ich einen Spitznamen habe.

**A.:** Ja, das hat der Dicke mich auch gefragt.

**B.:** Dazu habe ich gar nichts gesagt. Dann hat er mir ein Formular gegeben, wo ich unterschreiben mußte, daß ich die Aussage verweigere. Ich dachte, jetzt ist alles vorbei. Da legt der mir Fotos vor, die stammten aus dem Videofilm, den wir in Marzahn mit Evi gedreht hatten. Ich sollte mich auf den Fotos wiedererkennen. Da habe ich mit dem Finger auf ein Foto von mir gezeigt. Dann legte er mir Fotos von anderen Schülern vor und ich sollte ihm die Namen nennen. Da habe ich gesagt, daß will ich nicht und bin aufgestanden, weil ich dachte, daß wir fertig sind. Aber der Dicke hält mich zurück und sagt: „Wir machen jetzt Fotos von Dir.“ Und der andere hat angefangen, einen neuen Film einzulegen. Die haben mir Nummern in die Hand gedrückt und ich sollte mich an der Wand aufstellen, dort wo die Pflanzen im Amtszimmer sind. Wie der mich fotografieren will, mache ich so auf Komiker. Da wird der aggressiv und sagt, ich soll mich ordentlich hinstellen. Ich sage: „Ich will nicht!“ Darauf er: „Das ist strafbar!“. Nach dem fotografieren, will ich wissen, für wen die Bilder sind. Ich krieg zur Antwort: „Die sind für unsere Zeugen in Marzahn.“ In dem Augenblick klingelt es zur großen Pause und da haben die mich gehen lassen. In der Pause habe ich gleich meinen Freunden Bescheid gesagt.

Für den **trend** führte Karl-Heinz Schubert das Interview mit den Betroffenen.

# Kurzbericht zur Polizeibefragung am 29.11.1994, Klasse 8/2

**Anlaß: Zu Beginn der 5. Stunde werde ich von den Schülern meiner Klasse darüber informiert, daß alle an dem Projekt in Marzahn beteiligten Schüler verhört werden.**

Kurz darauf erscheint der Rektor mit einem Polizeibeamten, um einen weiteren Schüler abzuholen. Ich bitte um Informationen zu diesem Vorgehen, und dem wird insofern gefolgt, daß ein weiterer Beamter erscheint und den Schülern erklärt:

Zunächst werden alle Beteiligten als schuldig angesehen - auch Kinder, die von dem besagten Vorgang nichts mitbekommen haben. Von allen werden in der Befragung Fotos gemacht, die, falls nach Zeugenbefragungen nichts vorliegt, vernichtet werden. Wörtliche Wiedergabe: „...und massive Zeugenaussagen liegen uns aus Marzahn vor.“ (von Budenbesitzern, Passanten usw.).

Einem Schüler der nachfragt, was denn mit den „Nazis“ passiere, die „hitlermäßig“ begrüßt hätten, wird ziemlich drohend geantwortet, er solle mit solchen Behauptungen ja vorsichtig sein. Andererseits sei sicher, daß ein Mädchen mit einer Schußwaffe bedroht worden sei und ein Passant von einem „Stämmigen“ mit einem Holzknüppel geschlagen worden wäre.

Die Schüler sind darauf erschrocken und ratlos. Eine Schülerin fragt, inwieweit die Eltern von dieser Aktion informiert werden (Erklärung: Für viele Schüler bedeutet ein offizielles Schreiben von Schule, Polizei o.ä. Ärger zu Hause, auch wenn der Inhalt ziemlich harmlos ist.) Der Beamte erklärt, daß selbstverständlich alle verhörten Kinder Briefe nach Hause bekommen, da sie in polizeiliche Ermittlungen hineingeraten sind. Eine Frage nach dem Verhalten der Polizei den „Rechten“ ge-

genüber wird damit beantwortet, daß diese angeblich auch verhört worden sind.

Mein Hinweis, daß drei Schüler meiner Klasse mit 13 Jahren diesem Verhör nicht auf solche Art unterzogen werden können, wird damit beantwortet, daß dem selbstverständlich Rechnung getragen wird. Dennoch erscheint kurze Zeit später einer dieser Schüler weinend im Klassenraum. Er ist so verstört, daß er keine Auskunft geben kann. Das passierte, als der Beamte den Klassenraum bereits verlassen hatte. (Während dieser Information wurden die Verhöre übrigens fortgeführt.)

Die Frage eines Schülers, was denn passiere, wenn man sich dem Verhör entziehe, wird damit beantwortet, daß dann eine Vorladung nach Weißensee erfolgen würde,

was ja viel unangenehmer werden würde.

## **Einige Aussagen von Schülern, die verhört wurden:**

„...wenn Deine Aussage nicht stimmt, siehst Du aber blaß aus...“

Schüler erzählt von „Hitlerzeichen“. „Du erzählst uns aber schöne Lügen!“

Schüler erzählt von Rechtsradikalen. „Da haben wir aber andere Zeugen.“

Bezogen auf diesen Hinweis. „Hast Du einen gehauen?“

Ein sehr ruhiger Schüler wird nach seinem Geburtskrankenhaus und nach seiner Postleitzahl gefragt.

Das Verhör wird nach dem energischen Eingreifen eines Kollegen abgebrochen. Fünf Schüler wurden nicht mehr verhört, zwei Schüler, die an diesem Projekt teilgenommen haben, fehlten. (Insgesamt 16)

Die Aktion wurde vom Kriminalhauptkommissar Wolfgang Karliczek, Dir 7-VB-III-1, geleitet.

## **H. Klesse**

Der Kurzbericht wurde gleich im Anschluß an diese Vorfälle als Gedächtnisprotokoll aufgeschrieben.

### **Abschrift**

Hans-Sachs-Oberschule  
(Hauptschule) VI, 02. OH  
Mehringdamm 59 10961 Berlin  
Telefon: 2588-6911 Intern (961) App.: 6911

Berlin, den 30.11.94

Sehr geehrte Eltern!

Hierdurch informiere ich Sie über einen Vorfall am 29.11.94: Im Zusammenhang mit der Unterrichtsveranstaltung der Frau Grünberg (evangelische Religion) am 22.11.94 in Marzahn sind polizeiliche Ermittlungen gegen die betroffene Schulergruppe wegen Landfriedensbruch aufgenommen worden. In diesem Zusammenhang wurde auch Ihr Kind gehört und von der Polizei fotografiert. Bedauerlicherweise haben wir Sie über diesen Vorgang nicht rechtzeitig informiert. Die beiden Polizeibeamten haben ihr Vorgehen für rechtlich abgesichert gehalten.

Was mein Versehen angeht, Sie nicht informiert zu haben, kann ich Sie nur bitten, dies zu entschuldigen. Zu einer Rücksprache stehe ich Ihnen nach telefonischer Vereinbarung zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

H. Winkler (Rektor)

# Offener Brief von Dirk Jordan an Hagen Saberschinsky

Bezirksamt Kreuzberg von Berlin  
Abteilung Volksbildung  
Bezirksstadtrat

30.11.1994

An den  
Polizeipräsidenten von Berlin  
Herrn Hagen Saberschinsky  
per Fax-Nr. 699 35 800

OFFENER BRIEF

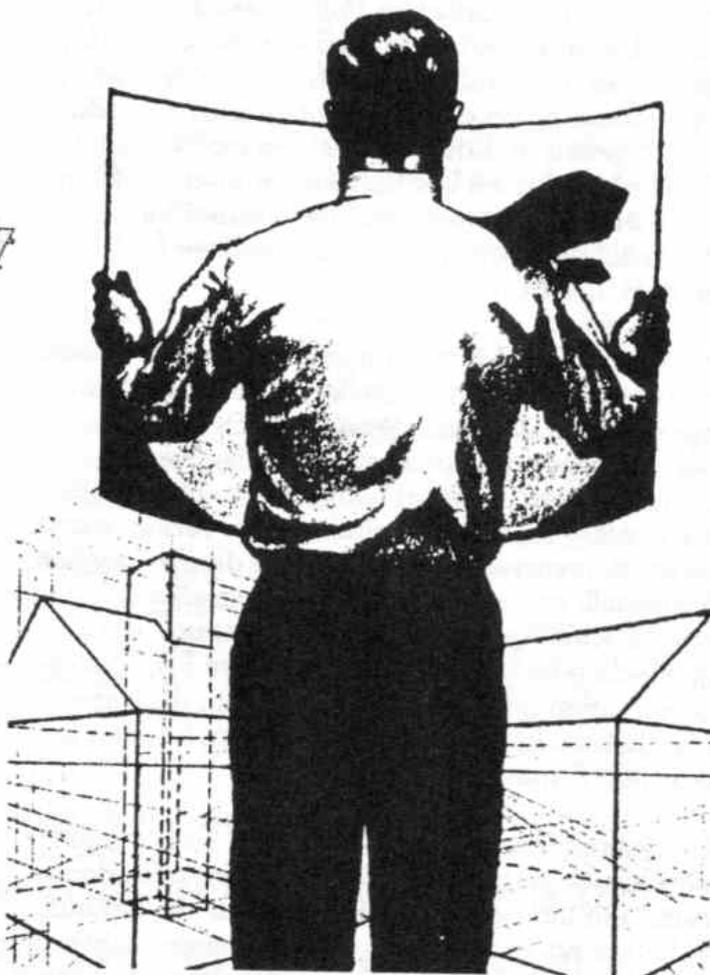
Sehr geehrter Herr Polizeipräsident,

am 22. 11. 94 gab es einen Vorfall in Marzahn, in den Kreuzberger Jugendliche und die Polizei verwickelt sind. Die Presse hat aufgrund der Auskünfte der Polizei über den Vorfall berichtet. Bis heute - mehr als einer Woche nach dem Vorfall - hat Ihre Behörde unsere über den Innensenator geleitete förmliche Bitte, über die Ablaufdarstellung der Polizei und die der Öffentlichkeit übermittelten Behauptungen informiert zu werden, nicht beantwortet.

Nach dem Gespräch mit dem Leiter der Polizeipressestelle, Herrn Schulz, müssen wir leider davon ausgehen, daß dies eine absichtliche Verzögerungstaktik ist. Wir wissen, daß es keine förmliche, schriftliche Presseerklärung der Polizei gegeben hat, die Polizei hat aber Ablaufdarstellungen gegeben und bestätigt. Die taz vom 26.6. spricht von einem „Story-Board der Polizei“ mit der tendenziösen, weil unvollständigen Darstellung: „Überwiegend ausländische Jugendliche verfolgten eine Gruppe deutscher Jugendlicher.“ In der BZ vom 24.11. wird ein Polizeibeamter mit den Worten zitiert: „Wir ermitteln jetzt gegen die Lehrerin wegen illegalen Waffenbesitzes, gegen die Schüler wegen schweren Landfriedensbruchs.“ Im Tagesspiegel vom 24.11. heißt es: „Für die Polizei stellt sich der Vorfall allerdings anders dar. Nach Beobachtungen von Zivilbeamten haben die Kreuzberger in Marzahn angegriffen.“

Die Polizei hat also gegenüber der Presse Erklärungen abgegeben, nur uns gegenüber - als dem für

Abschrift



die SchülerInnen zuständigen Bezirksamt - meint die Pressestelle der Polizei schweigen zu sollen. Der Pressestellenleiter sah die Notwendigkeit der rechtlichen Prüfung, was er uns mitteilen dürfe. Gegenüber der Presse hatte er diese rechtlichen Skrupel nicht, was soll diese Versteckspielerei?

Wir fragen Sie daher auf diesem Wege: Warum erhält das Bezirksamt nicht genauso unbürokratisch Auskunft wie ein Presseorgan? Warum werden wir auf den Dienstweg über den Innensenator verwiesen und warum wird unsere Anfrage dann nicht wenigstens innerhalb von drei Tagen beantwortet?

Wir haben dies bisher als eine Überreaktion eines einzelnen Beamten interpretiert, können dies aber seit gestern nicht mehr glauben. Am gestrigen Vormittag haben sich die ermittelnden Beamten der Direktion 7 in der Schule gemeldet mit dem Begehren, die an dem Vorfall beteiligten SchülerInnen noch einmal zu verhören. Im Sinne einer - wie sich im Nachhinein herausgestellt hat - (zu) großen Ko-

operationsbereitschaft hat der anwesende Schulleiter dies nicht sofort unterbunden und die Polizeibeamten in seinem Dienstzimmer ihre Befragung durchführen lassen. Alle befragten SchülerInnen haben glücklicherweise die Aussage verweigert.

Ich bin danach als zuständiger Stadtrat für Volksbildung informiert worden und habe telefonisch noch mit dem verantwortlichen Polizeibeamten gesprochen. Dieser erklärte mir, daß es sich nur darum gehandelt habe, den schon am 22.11. vernommenen SchülerInnen die Gelegenheit zum Schlußgehör zu geben und man vermeiden wollte, daß die SchülerInnen nach Weißensee kommen müßten. Auf meine Vorhaltung, daß bei solchen Verhören die Erziehungsberechtigten zu beteiligen sind, sagte er, daß dies nicht nötig sei.

Nach weiteren Erkundigungen am Dienstag Nachmittag muß ich nun feststellen, daß dieser Beamte mir nicht die Wahrheit gesagt hat. Es wurde nicht nur den schon vernommenen SchülerInnen „Schlußgehör“ gewährt, sondern es wurden alle am Ausflug beteiligten SchülerInnen vernommen, es wurden von allen SchülerInnen die Personalien festgestellt und sie wurden alle fotografiert, was mit einem Schlußgehör nichts zu tun hat und die Jugendlichen hätten zwingend über ihre Erziehungsberechtigten geladen werden müssen, die dann entscheiden können, ob sie Aussagen bei den polizeilichen Ermittlungen machen.

Es bestand insofern überhaupt kein Zwang nach Weißensee zu fahren und die Erklärung für den Auftritt in der Schule ist eine durchsichtige Schutzbehauptung, die nicht den SchülerInnen diene sondern der Vervollständigung der unvollständigen Ermittlungsunterlagen der Polizei.

Auf diesem Hintergrund stellen sich die Ungereimtheiten bei dem Polizeieinsatz am 22.11. in einem neuen Licht dar. Offensichtlich hat die Polizei Erklärungsbedarf für ihr einseitiges Eingreifen und ihre entsprechend einseitige öffentliche Darstellung. Wir hatten bis gestern versucht, diese Ungereimtheiten durch Kontaktaufnahme mit der Pressestelle und der Direktion 7 zu klären. Nach dem Vorgang in der Schule muß nun die Klärung über die Öffentlichkeit versucht werden. Geklärt werden sollten u.a. folgende Fragen:

*a) Wie lange haben Zivilbeamte vor dem Vorfall die Kreuzberger Schülergruppe bei Ihren Videoarbeiten beobachtet? Was haben sie dabei gesehen?*

*b) Wenn die Zivilbeamten die (verbalen) Anrempeleien der Kreuzberger durch Passanten angeblich nicht beobachtet haben und auch nicht gesehen haben wollen, daß sich hinter einem Zaun an der Franz-Stenzer-Straße ca. 15 Jugendliche aufstellten*

*und mit entsprechenden ausländerfeindlichen Sprüchen provozierten (vgl. taz vom 26.11.), dann bleibt zu fragen, was wohl die Kreuzberger Jugendlichen veranlaßt haben mag, nach längerer Zeit der Arbeit an ihrem Film aus heiterem Himmel auf die Marzahner Jugendlichen zuzurennen?*

*c) Weshalb waren schnell und zahlreich genug Polizeibeamte vor Ort, um acht Kreuzberger Jugendliche festzunehmen, aber haben es nicht geschafft, auch von nur einem der Marzahner Jugendlichen die Personalien festzustellen? Kann dies mit einer Voreingenommenheit gegenüber den „Fremden“ zu tun haben und der Einstellung: „Unsere Marzahner Jugendlichen machen so etwas nicht.“?*

*d) Weshalb wurden nach Auskunft der begleitenden Lehrerin die Kreuzberger Jugendlichen bei der Festnahme, Durchsuchung und Personalienfeststellung so rauh angefaßt und behandelt, wie wir es aus billigen amerikanischen Krimiserien kennen?*

*e) Wurde ein Schüler bei der Vernehmung im Wagen mit der Bemerkung angemacht, „daß sein Pimmel ja schließlich noch etwas kleiner sei als der des Polizisten“?*

*f) Sind die in Marzahn eingesetzten Polizisten tatsächlich der Meinung, daß die Kreuzberger Jugendlichen lieber zu Hause bleiben sollten?*

Auf dem Hintergrund dieser offenen Fragen, den Erfahrungen mit der Polizeipressestelle und vom Vorgang in der Schule ist unser Vertrauen in eine faire und zügige Aufklärung dieses gesamten Vorgangs durch die Polizei verschwunden. Aus diesem Grund wenden wir uns auch in der ungewöhnlichen Form eines „Offenen Briefes“ an Sie, Herr Saberschinsky, und bitten Sie, eine zügige und rechtlich einwandfreie Aufklärung zu ermöglichen.

Um keinen falschen Eindruck entstehen zu lassen, möchten wir noch abschließend betonen, daß wir erstens von der Direktion 5 der Polizei in Kreuzberg ein sehr viel kooperativeres und angemesseneres Verhalten kennen und zweitens, daß wir die Mitnahme der Waffen durch die Kreuzberger Jugendlichen in keinerlei billigen und dementsprechend auch die Beschuldigungen gegen die Lehrerin, die schon vorher zwei Waffen konfisziert hatte, für absurd halten.

Mit freundlichem Gruß

D. Jordan  
Bezirksstadtrat

# Beschlüsse der Gesamtschülervertretung der Hans-Sachs-Oberschule

Abschritt

gefaßt auf a. o. Sitzung am 1. Dezember 1994

1. Wir fordern die Bestrafung der Marzahner Faschisten und keine Bestrafung der SchülerInnen der Hans-Sachs-Oberschule, die sich am 22.11.1994 gegen die Faschisten wehren wollten. Wir wollen die sofortige Einstellung aller Ermittlungen und Verfahren gegen unsere MitschülerInnen und unsere Religionslehrerin Frau Grünberg.

2. Wir bestehen darauf, daß Frau Grünberg an unserer Schule als Religionslehrerin tätig bleibt.

3. Wir sind bestürzt, heute

zu erfahren, daß unser Schulleiter, Herr Winkler, bereits am Freitag, den 25.11.1994 wußte, daß die Polizei am 29.11.1994 in unsere Schule kommen wollte, um alle Schüler, die am 22.11.1994 in Marzahn waren, zu verhören und daß er keinem Bescheid gesagt hat.

4. Wir fordern die Vernichtung aller Polizeifotos, die am 22.11.1994 in Marzahn und am 29.11.1994 in der Schule von den SchülerInnen gegen ihren Willen gemacht wurden. Außerdem soll uns die Polizei die Fotos zurückgeben, die sie aus unse-

rem Videofilm herausgeschnitten hat.

5. Wir verlangen, daß die Presse nichts Falsches über die SchülerInnen der Hans-Sachs-Oberschule und Frau Grünberg schreibt, wie sie es nach den Vorfällen am 22.11.1994 z.B. in der BZ, der Berliner Zeitung oder dem Tagesspiegel getan hat.

In der Sitzung waren alle Klassen vertreten. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Verteiler: alle Klassen und LehrerInnen der HSO, Herr Jordan VB-Stadtrat, evang. Kirchenamt, BZ, Morgenpost, Berliner Zeitung, Tagesspiegel, TAZ

## Offener Brief von Kolleginnen und Kollegen der Kreuzberger Hans-Sachs-Oberschule an die Presse und die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund

1. Die unterzeichnenden Kolleginnen und Kollegen der Hans-Sachs-Oberschule verwahren sich hiermit gegen die einseitige und tendenziöse Berichterstattung von Teilen der Presse. Dabei ging es um eine Schülergruppe unserer Schule, die im Rahmen des Religionsunterrichts am 22.11.94 einen Film in Marzahn drehte. Durch die Art der Darstellung wurde der Eindruck in der Öffentlichkeit erweckt, daß unsere Schüler eine Auseinandersetzung mit Jugendlichen aus Marzahn provoziert haben. Außerdem wurde Ihnen unterstellt, daß sie die alleinige Verantwortung für die Eskalation der

Ereignisse tragen. Wir weisen die Anschuldigungen zurück, daß die Schüler der Hans-Sachs-Oberschule grundsätzlich gewalttätig und bewaffnet sind. Einen auch nur annähernd vergleichbaren Vorfall hat es bisher an unserer Schule nicht gegeben. Die emotionalisierenden Darstellungen in der Presse haben dem Ruf der Hans-Sachs-Oberschule schwer geschadet und behindern die pädagogische Arbeit an der Schule erheblich.

2. Wir verurteilen, daß am 29.11.94 Verhöre und erkennungsdienstliche Maßnahmen an unserer Schule

durchgeführt wurden. Insbesondere kritisieren wir, daß weder betroffene Schüler und ihre Eltern, noch die Klassenlehrer, das übrige Kollegium und die Schulaufsicht im Vorfeld darüber informiert worden sind, obwohl ausreichend Zeit bestanden hätte.

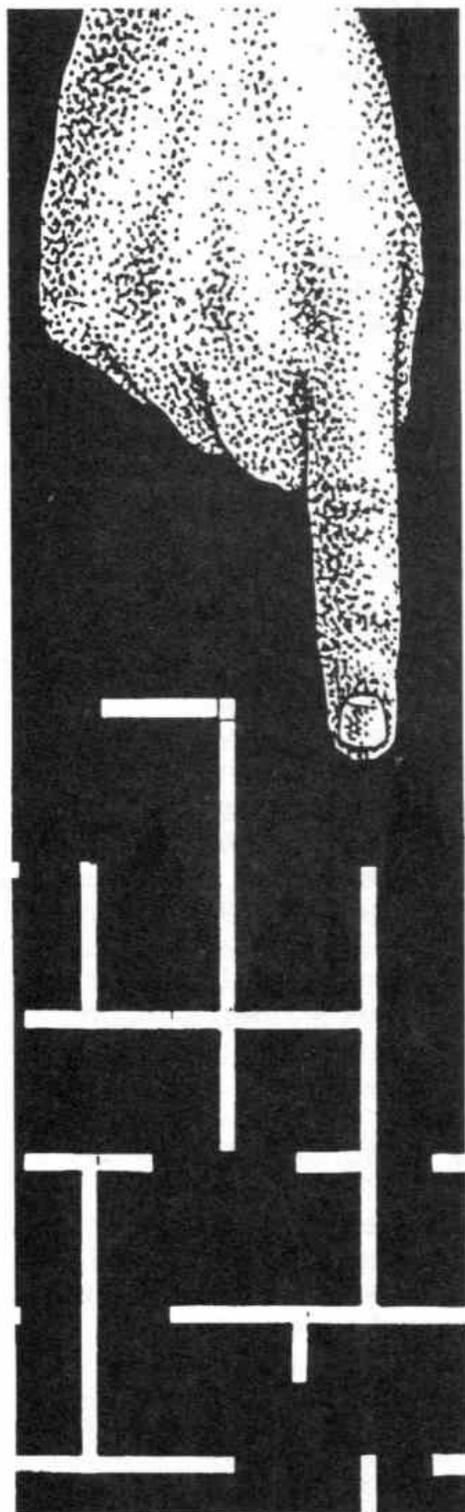
3. Wir fordern die Polizeigewerkschaft auf, die in ihrer Presseerklärung erfolgte Vorverurteilung der Religionslehrerin, Frau Grünberg, zurückzunehmen.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses hatten - zieht man den Schulleiter und zwei längerfristig erkrankte Kolleginnen ab - gut zwei Drittel des Kollegiums diesen Brief unterschrieben.

# GEW-Veranstaltung für die Betroffenen der polizeilichen Ermittlungsverfahren

Ein Bericht

von Detlev Schubert



Wie mehrfach in der Berliner Presse berichtet, wurden Kreuzberger Schüler der Hans-Sachs-Oberschule anlässlich von Videoaufnahmen im Rahmen eines Unterrichtsprojekts in Berlin-Marzahn von der Polizei am 22.10. 1994 festgenommen. Im Fortgang der polizeilichen Ermittlungen kamen Beamte der Polizeidirektion 7 am Dienstag, den 29.11. 1994 nach vorheriger Anmeldung bei dem Schulleiter in die Schule, um die Schüler erkennungsdienstlich zu behandeln und zu verhören. Bei den von polizeilichen Maßnahmen betroffenen Schülern handelt es sich z.T. um strafunmündige Schüler. Nachdem in der Vergangenheit viel über die Betroffenen gesprochen wurde, suchte die GEW Berlin, Bezirk Kreuzberg, am 8.12.94 in der Aula der Hans-Sachs-Oberschule das direkte Gespräch mit den betroffenen Schülern und deren Eltern. Rund 60 Betroffene und Gäste erschienen. Neben einer Rechtsanwältin stand der Stadtrat für Volksbildung, Herr Dirk Jordan, zur Verfügung. Die beteiligten Schüler und deren Lehrerin gaben eine ausführliche Schilderung der Vorfälle in Berlin - Marzahn. Sie fühlten sich von der Polizei unangemessen und wie Verbrecher behandelt. Teilweise wurden die betroffenen Schülern in obzöner Form von den Polizeibeamten angesprochen. Die Klassenlehrerin einer der beteiligten Klassen schilderte eindringlich, wie sich die polizeilichen Verhöre und erkennungsdienstliche Behandlung auf die Schüler ausgewirkt hätten. Einige seien total verstört in den Unterricht zurückgekehrt. Der Klasse sei von einem Beamten mitgeteilt worden, alle seien schuldig. Bei einigen Schülern herrschte Unklarheit, ob sie als Beschuldigte oder als Zeugen gehört wurden. Als Begründung für das in der Schule geführte Verhör, gab die Polizei an, daß es sich dabei um ein „Schlußverhör“ gehandelt habe. Dem gegenüber teilten anwesende Eltern und Schüler mit, daß sie erneut für den 8. bzw. 9.12.94 zur Polizeidirektion 7 als Zeuge/Beschuldigter vorgeladen wurden. Diese Einladung ist das bisher einzige Schreiben, welches die betroffenen Familien von der Polizei erhalten haben. Es gibt bis heute weder eine nachträgliche Begründung bzw. Ent-

schuldigung für die Vorgänge am 29.11.94. Insbesondere die anwesenden Eltern äußerten ihr Unverständnis über das Verhalten des Schulleiters. Er hielt es nicht für nötig, Erziehungsberechtigte und Lehrer der Schule von den beabsichtigten polizeilichen Maßnahmen in der Schule zu informieren. Er stellte sein Dienstzimmer als Verhörraum zur Verfügung und leitete die Schüler dem Verhör zu. Nach Meinung der Eltern sollte es seine Aufgabe sein, Schaden von der Schule und der ihr anvertrauten Schüler fernzuhalten. Seine Fürsorgepflicht den Schülern gegenüber hat er unzureichend erfüllt, so daß die Forderung nach einer Suspendierung laut wurde. Der Volksbildungsstadtrat äußerte sich über seine ergebnislosen Bemühungen den Polizeipräsidenten von Berlin zu einer öffentlichen Richtigstellung der einseitigen Ermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu bewegen. Er äußerte sich nicht zu dem Wunsch der Anwesenden nach Suspendierung des Schulleiters. Auf der Veranstaltung wurden 512,- DM Starthilfe für einen UnterstützerInnenkreis gesammelt, der sich im Anschluß daran konstituierte. **Auf ihn warten vielfältige Aufgaben, z.B.:**

**Akteneinsicht durchsetzen**

**Entschuldigung des  
Polizeipräsidenten  
einfordern**

**Vernichtung aller  
unrechtmäßig erlangten  
Ermittlungsunterlagen**

**Einstellung der  
Ermittlungsverfahren**

**Kontaktanschrift des  
UnterstützerInnenkreises:**

**Silvia Kosch**

**Manteuffelstr. 6**

**10997 Berlin**

**618 24 70**

*„ Die GEW BERLIN unterstützt die betroffenen Kinder und Eltern in ihrem Bemühen um Aufklärung und ein rechtsstaatliches Verfahren.“*

**Redaktionelle  
nachbemerkung zum  
veranstaltungsbericht:**

Auf der veranstaltung trat die person des schulleiters Winkler schnell in den vordergrund, hätte er doch die aufgabe gehabt, die schülerInnen zu schützen. Eine rechtliche unsicherheit kann ausgeschlossen werden. Wir erfuhren, daß der kollege Winkler nebenbei noch schöffe in Moabit, schiedsmann in Kreuzberg ist. An weiterbildung interessierte kollegInnen - besonders aus dem ostteil der stadt - kennen ihn als dozenten (schulleitung eine komplexe aufgabe).

Die veranstaltung wurde durch den ermittlungsausschuß, der sich bereits in einer älteren ausgabe des trend vorgestellt hatte, unterstützt. Wir bedanken uns dafür. Die rechtsanwältin Undine Weyers konnte den fragenden eltern und schülerInnen klare auskünfte über ihre rechte in dem laufenden ermittlungsverfahren geben. Mit ihrer sachlichen und ruhigen art, nahm sie besonders den schülerInnen, aber auch deren eltern die ängste und machte ihnen. Ihr ist es daher besonders zu verdanken, daß die betroffenen sich zusammenschließen. Sicher ist, daß das recht eben geld kosten wird. Die 532,- DM sind schon etwas, reichen wird es nicht. Zum redaktionschluß stand die kontonummer noch nicht fest. Wir werden sie zur gegebener zeit veröffentlichen. Spenden können bis dahin an den unterstützerInnenkreis direkt oder zur weiterleitung an die redaktion gegeben werden.

**Ungeklärt blieben zwei punkte:**

1. Warum übernimmt die Abteilung Volksbildung nicht die rechtsmittel- und verfahrenskosten der betroffenen, wo sie doch durch den schulleiter Winkler am zustandekommen der meisten verfahren direkt beteiligt war?

2. Warum konnte sich der dezentert Dirk Jordan nicht direkt und öffentlich, obwohl es

verlangt wurde, bei den schülerInnen und eltern für das skandalöse verhalten schulleiters Winkler - als dessen direkter vorgesetzter entschuldigen?

Abschließend sei der vollständigkeit halber noch ergänzt, daß sich

unter den gästen pressevertreterInnen (Tagesspiegel, Berliner Linke, Junge Welt) befanden. Ferner zwei frauen der PDS-fraktion im AHB, die berichteten, wie bisher die vorfälle in den ausschüssen des AHB behandelt wurden.



**BETR.: SCHULLEITUNG UND POLIZEI**

**Abgesehen von allen rechtlichen grundlagen muß für jede schulleitung gelten, daß sie zuerst die fürsorgepflicht gegenüber schülerInnen und kollegInnen wahrnimmt, bevor durchgriffsrechte der polizei zum tragen kommen. Der stadtrat hat zugesagt, in form eines rundschreibens genau darauf hinzuweisen.**

**Ich gehe außerdem davon aus, daß die vorkommnisse an der 2.OH und das verhalten der schulleitung in den nächsten schulleitersitzungen als hauptthema erörtert werden und in einen verhaltenskatalog für die schulleitungen münden.**

**Tenor dieser sitzungen sollte darüber hinaus die feststellung sein, daß sich jede schülergruppe in ganz Berlin frei bewegen können muß. Dies kann nicht, wie die Polizei der 2.OH anbot, polizeischutz beim besuch in einem anderen bezirk sein, sondern muß durch das gemeinsame bemühen aller bezirke, gegen rechtsradikale vorzugehen, ermöglicht werden.**

**Gabi Berger**

Vorsitzende der Bezirksleitung der GEW Kreuzberg



**ZEITUNG  
ANTIRASSISTISCHER GRUPPEN**

**Schwerpunkte**

- Nr. 6. Gleiches Rechte für alle
- Nr. 7. Rassismus und Medien
- Nr. 8. Abschiebung und Ausweisung
- Nr. 9. Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen
- Nr. 10. Rassismus und Bildung
- Nr. 11. Innere Sicherheit
- Nr. 12. Rassismus und soziale Frage
- Nr. 13 (4/1994). Polizei und Justiz

**aus dem inhalt von Nr. 12**

- Abschiebeknäste: Widerstand in Kassel und Berlin
- Bleiberechtskampagne: Legalisieren statt Kriminalisieren

**im abonnement**

Ab: 4 Ausgaben/Jahr 29 DM  
Förderab: 4 Ausgaben/Jahr 30 DM  
Einzelheft 5 DM + Porto

**Bestellungen an**

ZAG / Antirassistische Initiative e.V.  
Yercksstr. 59, 10985 Berlin, fon/fax 030-786 99 84

**Sieben erschienen:**

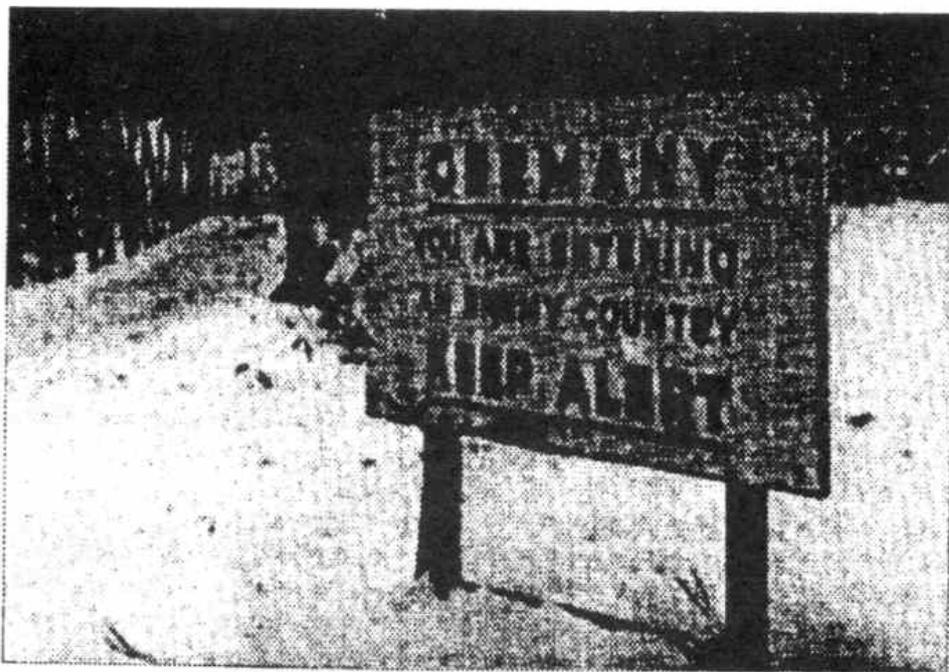
- Sonderheft des Rechten Randes zum Thema Anti-Antifa
- Faschisten machen mobil
- Angriffsziel: Antifa

Auf 48 Seiten Hintergrundinformationen über die Verantwortlichen der sogenannten Anti-Antifa und die Publikation "Der Einblick" über Betroffene über internationale Vernetzung der (Neo-)Faschisten über die Tradition von "Schwarzen Listen", über die Mailboxnetz der Neonazis, Nationale Infotelefone, und die theoretischen Grundlagen der Anti-Antifa.

**Bestellungen an:**

DER RECHTE RAND  
PF 1324, 30013 Hannover  
Einzel exemplar: 5,- DM plus 1,50 Porto  
(nur gegen Vorkasse!)

**INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTI-FASCHISTEN  
DER RECHTE RAND**



# „Verbotene Zonen“

oder  
Wie reagiert die  
GEW-BERLIN auf  
rassistische  
provokationen?

Ein kommentar von  
Günter Langer

## Beschluß der Landesdelegiertenversammlung der GEW BERLIN

vom 7./8. Dezember 1994

Drucksache Nr. 17 / Dringlichkeitsantrag / Antragsteller  
MTV Kreuzberg

1. Mit Empörung nimmt die GEW BERLIN von Festnahmen 13- und 14jähriger Kreuzberger SchülerInnen in Marzahn und den skandalösen Ermittlungsmethoden der Berliner Polizei an der Kreuzberger Hans-Sachs-Hauptschule Kenntnis.
2. Wir fordern eine sofortige Entschuldigung der Verantwortlichen bei den betroffenen SchülerInnen und Eltern.
3. Alle erkennungsdienstlichen Unterlagen, die auf diese illegale Weise angefertigt wurden (Fotos, Vernehmungsprotokolle) sind sofort zu vernichten.
4. Wir verurteilen das „mitwirkende“ Verhalten des Schulleiters und fordern die verantwortlichen Vorgesetzten auf, ein Rundschreiben an alle Schulleiter zu richten, in dem sie über die Rechte der SchülerInnen und Eltern aufgeklärt werden, um Wiederholungen auszuschließen.
5. Die GEW BERLIN weist die Forderung nach Berufsverbot für die betroffene Religionslehrerin zurück.
6. Die GEW BERLIN unterstützt die betroffenen Kinder und Eltern in ihrem Bemühen um Aufklärung und ein rechtsstaatliches Verfahren.

### Nicht angenommen wurde:

7. Die GEW BERLIN tritt, solchen Lösungen entgegen, die den Ostteil der Stadt zur „verbotenen Zone“ für Einwanderer, Flüchtlinge und alle die, die anders sind, machen wollen. Rechtsradikalen darf in keinem Bezirk dieser Stadt Freiraum für die Verfolgung Andersaussehender oder Andersdenkender gewährt werden.

Sofort nach bekanntwerden des in diesem heft beschriebenen vorfalls in Marzahn und der offensichtlich durch die völkische brille sehenden und dadurch voreingenommenen ermittlungen der Berliner Polizei haben Kreuzberger kollegInnen, die GEW-KREUZBERG und der Stadtrat reagiert und für aufklärung und solidarität mit der angegriffenen kollegin und den schülerInnen gesorgt. Da gerade für den 7./8.12. eine Landesdelegiertenversammlung (LDV) anberaumt war, bot es sich darüber hinaus an, dort einen dringlichkeitsantrag zu diesem fall einzubringen.

Dieser antrag, der in diesem heft ebenfalls abgedruckt ist, wurde von der Mandatsträgerversammlung der GEW-KREUZBERG einstimmig verabschiedet. Dies hätte auf der LDV fast zum gleichen ergebnis kommen können, enthielte der antrag nicht den 7. abschnitt, in dem gefordert wird, keine „verbotenen zonen“ für einwanderer, flüchtlinge, und alle die, die anders sind, zu-

zulassen. Ferner wird dort dazu aufgerufen, rechtsradikalen in keinem bezirk dieser stadt freiräume für die verfolgung andersaussehender oder andersdenkender zu gewähren.

In diesem abschnitt wird also ganz allgemein von „rechtsradikalen“ und von „bezirken dieser stadt“ gesprochen. Bezirke könnten demnach Zehlendorf, Neukölln, Lichtenberg, Köpenick oder jeder andere bezirk Berlins sein. Ein Marzahner kollege und eine Weißenseer kollegin, die aber in Marzahn wohnt, fühlten sich durch diesen abschnitt als „Marzahner“ diffamiert. Auch der hinweis des antragstellers auf die tatsache, daß in den formulierungen keinerlei bezug zwischen den rechtsradikalen provokateuren und der mit ihnen offensichtlich sympathisierenden polizeibeamten einerseits und mit der bevölkerung Marzahns andererseits hergestellt würde, führte zu keiner einsicht. Die abstimmung brachte an den tag, daß die mehrheit der delegierten diese trübsicht teilte. Die abschnitte 1 bis 6 wurden fast einstimmig angenommen, der 7. abschnitt fiel glatt durch.

Wie kann das erklärt werden? Die antwort ist oberflächlich gesehen relativ einfach. Ossi identifiziert sich mit Ossiland, selbst wenn es sich um faschistoide tendenzen handelt (immerhin wurde den Kreuzberger kids von Marzahner jugendlichen der Hitlergruß entboten). Der Marzahner kollege fragte ganz offen, warum die Kreuzberger klasse denn nach Marzahn gekommen sei, um ihren film vor neubauten zu filmen, und nicht ins Märkische Viertel. Er behauptete auch, es gäbe in der Marzahner polzeidirektion keine braunen tendenzen. Woher kennt er sich so gut aus, unsere Marzahner schülerIn-

nen in den Kreuzberger OSZ's jedenfalls wissen anderes zu berichten. GEW-kollege Ossi weiß, Marzahn ist nicht brauner oder gefährlicher als Kreuzberg oder Schöneberg. Also darf ein Wessi nicht über mißstände im Osten urteilen. Wenn er's doch tut, will er nur von eigenen fehlern ablenken. So oder so ähnlich müssen die gedanken gelaufen sein.

Ich bin mir allerdings ziemlich sicher, wäre die LDV nur von Ossi besucht worden und der 7. abschnitt ebenfalls von einem Ossi eingebracht worden, wäre er anstandslos durchgegangen. So aber ist er vom ost-west antagonismus überdeckt und abgeschmettert worden. Ossi hätte dann keine souveränität gegenüber Wessi zeigen müssen. Die debatte wäre vermutlich sachlich abgelaufen und alle beteiligten hätten mit sicherheit festgestellt, es wäre besser, alle bürger dieser stadt könnten sich in jedem bezirk Berlins sicher fühlen. Es bestünde sicher einvernehmen darüber, daß auch personen, die irgendwelchen minderheiten zugerechnet werden, überall in dieser stadt, frei nach wahl, filme drehen können sollten, und seien es filme über gewalt.

Ich möchte hier ausdrücklich betonen, daß ich nicht glaube, die Marzahner kollegInnen hätten sympathie mit faschos. Ihre reaktion auf der LDV jedoch bedeutet ein klares zurückweichen vor rechtsradikalen tendenzen, selbst wenn es völlig anders gemeint war. Gleiches gilt es zu sagen über den GEW-BERLIN vorsitzenden, Erhard Laube (Wessi!), der populistisch vorgeschlagen hatte, diesen 7. abschnitt zu streichen, weil er eventuell von einigen kollegInnen aus dem Osten mißverstanden werden könnte.

## Presseerklärung

der GEW Berlin

**Betreffend die Ermittlungsmethoden der Berliner Polizei in der Hans-Sachs-Oberschule, 2. Hauptschule Kreuzberg**

Wie mehrfach in der Berliner Presse berichtet wurde, sind am Dienstag, den 22.11.94 acht Kreuzberger SchülerInnen und deren Religionslehrerin in Marzahn im Zusammenhang mit einem Unterrichtsprojekt festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt worden.

Am Dienstag, den 29.11. wurden in Absprache und unter Mitwirkung des Schulleiters diese und weitere an dem Unterrichtsprojekt beteiligte SchülerInnen (insgesamt sechzehn von 21) aus den Klassen geholt und im Amtszimmer mit Hilfe einer vom Schulleiter der Kripo überreichten Namensliste erkennungsdienstlich behandelt und verhört. Die Eltern der 13- 15jährigen SchülerInnen, die LehrerInnen, sowie die Dienstbehörde wurden vorher weder gefragt noch informiert, obwohl die Polizei sich am Freitag, den 24.11. beim Schulleiter angemeldet hatte.

Die GEW Kreuzberg führte am Donnerstag, den 8.12. für alle Betroffenen, insbesondere für die Eltern, eine Informationsveranstaltung durch, an der ca. 60 Betroffene und Gäste, eine Rechtsanwältin sowie der Bezirksstadtrat für Volksbildung, Dirk Jordan, teilnahmen.

Unter den Anwesenden herrschte vor allem über folgende zwei Forderungen Einigkeit:

Sofortige Entschuldigung der Verantwortlichen für diesen Polizeieinsatz bei den Betroffenen und Eltern sowie Vernichtung aller in diesem Zusammenhang angefertigten Unterlagen (Fotos, Vernehmungsprotokolle etc.).

Der Stadtrat kündigte an, daß, um ähnlichen Vorfällen vorzubeugen, ein Rundschreiben seiner Behörde an alle Schulleiter geschickt werden soll, worin die Rechte der SchülerInnen und Eltern dargestellt werden. Dies wurde von den Anwesenden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Am Ende der Veranstaltung bildete sich ein UnterstützerInnenkreis aus Eltern und SchülerInnen, der den Betroffenen bei der Durchsetzung ihrer Rechte helfen will.

Eine spontan durchgeführte Sammlung erbrachte 532,—DM als Starthilfe für diese Arbeit.

Die GEW Berlin unterstützt die Forderungen dieser Veranstaltung und begrüßt die Gründung eines UnterstützerInnenkreises. Auf ihrer LDV am 7./8.12.94 hat die GEW einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Darin heißt es außerdem, daß die Forderung der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund nach Berufsverbot für die betroffene Religionslehrerin aufs schärfste zurückgewiesen wird.

# DAS LANDESSCHULAMT WACKELT, ABER...



...ES IST NOCH  
NICHT VOM  
TISCH!

*Am 26.1.95 wird im Abgeordnetenhaus das Haushaltsstrukturgesetz und die damit verbundenen Sparsummen verabschiedet. Das Abstimmungsverhalten der SPD wird dabei eine gewichtige Rolle spielen.*

*Die SPD wird sich in ihrem Landesausschuß (Mitte Januar\*) nochmals mit dem Thema LANDESSCHULAMT beschäftigen und hier wird sich zeigen, wie ernst es den SPD-Mitgliedern, die im Abgeordnetenhaus sitzen, damit ist, den zweimal gefaßten Parteitagsbeschuß gegen ein LSA einzuhalten.*

*Die Landesdelegiertenversammlung der GEW BERLIN hat daher beschlossen, an diesem Tag\* eine zentrale Protestaktion durchzuführen, um die SPD an ihre Parteitagsbeschlüsse zu erinnern und ein entsprechendes Abstimmungsverhalten der Abgeordneten einzufordern.*

*\*Auch wenn der genaue Tag noch nicht feststeht, die Mobilisierung beginnt jetzt - in allen Bezirken, in allen Bezirksgruppen und in allen Gesamtelternvertretungen - damit die geplante Aktion (vor allem von der Teilnahme her) ein großer Erfolg wird.*

die Bezirksleitung